

Gespräche zur Nachnutzung von Kiesabgrabungen sind eine Farce

Die im Dezember stattfindenden Gespräche zwischen dem NRW-Wirtschaftsministerium und den von Kiesabgrabungen betroffenen Kommunen am Niederrhein ist eine reine Alibi-Veranstaltung um die trügerischen Angebote aus den Hochglanzbroschüren der Kiesindustrie zu forcieren.

Das Ministerium versuche die Umwelt- und Klimasünden mit bunten Bildern reinzuwaschen.

Freizeitanlagen sind für Kommunen ein reines Zuschussgeschäft

Wir GRÜNE erkennen auch keinen gesellschaftlichen Mehrwert bei potentiellen Nachfolgenutzungen, denn Freizeiteinrichtungen erfordern hohe Investitionen und Betriebskosten. Ein gutes Beispiel ist das Freizeitzentrum in Xanten. Das wird zwar von der Kiesindustrie in ihren Broschüren immer gelobt, obwohl sie sich nicht an den Folgekostenverträgen betei-

ligen. Sie sind für die Kommunen ein Zuschussgeschäft und oft zusätzlich eine Belastung für die Anwohner in Form von Lärm und Autoverkehr. Dass dieses Wissen bewusst von der Industrie unter den Teppich gekehrt wird, zeigt wie unseriös die Kiesindustrie unterwegs ist.

Dem Niederrhein droht Ausbeutung in doppelter Form

Die Kiesabgrabungen verkommen zu einem weiteren Meilenstein auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft. Mit dem Regionalplan tut letztlich der Regionalverband Ruhr nur etwas für die Menschen im Ruhrgebiet, die dann im Sommer an den Niederrhein zum Baden kommen.

Dort wird die Mehrheit der Bevölkerung begeistert sein, das Freizeitvergnügen bleibt bei ihnen, die Belastung und der Verlust bei der einheimischen Bevölkerung. Also eine Ausbeutung des Niederrheins in doppelter Form.

HELGA FRANZKOWIAK:

„Anstatt sich mit den betroffenen Kommunen solidarisch zu zeigen und die Reduzierung der Abbauflächen einzuleiten, will das Ministerium darüber reden, wie eine Nachfolgenutzung der Wasserflächen aussehen soll. Damit macht sie sich zum Erfüllungsgehilfen der Kies- und Sandindustrie.“



Moratorium könnte Schaden am Niederrhein begrenzen

Wir begrüßen es daher auch ausdrücklich, dass Landrat Ingo Brohl (CDU) unsere Forderung nach einem Moratorium für den 2020 verabschiedeten Landesentwicklungsplan übernommen hatte.

Man könnte damit noch vor der Verabschiedung des Regionalplans Ruhr die Fehlentscheidungen von CDU und FDP im Land korrigieren. Eine zukünftige Landesregierung müsste dann die Verlängerung des Versorgungszeitraums für die Kiesindustrie von 20 auf 25 Jahre zurücknehmen und die Abbaumengen reduzieren.

Landesregierung in den Fängen der Kiesindustrie

Aber die Ablehnung eines solchen Kies-Moratoriums durch die Nord-



rheinwestfälische Landesregierung macht unserer Ansicht erneut deutlich, dass sich CDU und FDP nicht mehr aus den Fängen der Kiesindustrie befreien können!

Denn anders können wir uns die Ablehnung für ein Moratorium beim Landesentwicklungsplan (LEP NRW) in Sachen Sand- und Kiesabbau nicht erklären.

FDP-Minister Pinkwart schafft neues Überflutungsrisiko am Niederrhein

Es ist geradezu zynisch, wenn der Minister seine Ablehnung damit begründe, dass durch die Flutkatastrophe im Ahrtal und an der Erft und dem damit verbundenen Wiederaufbau, der Rohstoffabbau am Niederrhein forciert werden müsse.

CDU und FDP täuschen mit einem RVR-Austritt Verbesserung vor

Wenn Vertreter*innen von CDU und FDP im Kreis Wesel behaupten, dass sich die Probleme beim hemmungslosen Raubbau durch die Kiesindustrie am Niederrhein dadurch lösen lassen, dass man den Regionalverband Ruhr verlassen soll, der kennt entweder die Zusammenhänge nicht oder will den Betroffenen buchstäblich Sand in die Augen streuen. Denn der RVR als Regionalplanungsbehörde für den Kreis Wesel ist wie jede andere untergeordnete Behörde verpflichtet, nach Recht und Gesetz zu handeln.

Demnach müsste auch die weisungsgebundene Regionalplanungsbehörde Düsseldorf – die nach einem Austritt aus dem RVR zuständig wäre – die Vorgaben des Landesentwicklungsplans umsetzen und entsprechende Flächen im Regionalplan ausweisen. Bevor nun die politischen Schadensverursacher Scheindebatten führen, ob man die selbstgeschaffenen Probleme damit löst, wenn der Kreis Wesel den Regional-

verband Ruhr verlässt, sollte man sich auf die Suche nach möglichst konsensfähigen Abgrabungsstandorten machen. Bereits im Vorfeld der Überarbeitung des Landesentwicklungsplans und der Erstellung des Regionalplans Ruhr hat der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung aufgefordert, verpflichtend Abgrabungskonferenzen auf regionaler Ebene durchzuführen. Damit sollte der Ausgleich zwischen den Anforderungen an die Rohstoffversorgung und den durch den Abbau ausgelösten Konflikte auf regionaler Ebene ermöglicht werden.

Die dort geäußerten Hinweise und Erkenntnisse wurden jedoch weder gewürdigt noch berücksichtigt. Da wird behauptet, dass es massive Probleme für die Bauwirtschaft und damit auch für die Konjunktur geben würde, wenn keine neuen Flächen für die Rohstoffgewinnung genehmigt werden. Und die Recycling-Quote bei Bauschutt sei schon komplett ausgeschöpft. Hierzu muss man wissen,

dass die regionalplanerische Bedarfsermittlung von Kies und Sand ausschließlich an den Mengen, die die Kiesindustrie in den jeweils letzten drei Jahren abzugraben vermochte, erfolgt. Einzig die abgebaute Menge stellt somit den „Bedarf“ dar.

HUBERT KÜCK:

„CDU und FDP nutzen RVR-Austrittsdebatte als Nebelkerze, um vom Kern des eigentlichen Problems abzulenken. Sie wollen ihre eigenen Entscheidungen in Düsseldorf vertuschen.“



Wo sind die Probleme der Bauwirtschaft?

Daraus folgt, dass je fortgeschrittener also der technische Abbau und die Absatztätigkeiten sind, desto mehr Flächen werden der Kiesindustrie als sogenannter „Bedarf“ neu zugewiesen.

Da ist nicht festgelegt, wessen „Bedarf“ ermittelt werden soll. Somit ist das zurzeit angewandte Abgrabungsmonitoring als Grundlage für die Berechnung landesplanerischer Versorgungssicherheit nicht geeignet, sondern stellt unserer Meinung nach lediglich die Bedarfsermittlung für die Versorgungssicherheit privatwirtschaftlicher Interessen der Kies- und Sand-Abgrabungsunternehmen dar.

Durch die jetzige Form der Bedarfsermittlung können die Abgrabungsunternehmen das Abgrabungstempo



mit einhergehender Flächenvernichtung selbst bestimmen. Mit der lapidaren Begründung „NRW benötigt pro Jahr 50 Millionen Tonnen Sand und Kies – andernfalls ist die Kon-

junktur futsch“, sagt „Zukunft Niederrhein“, die Lobbyinitiative der Sand- und Kiesindustrie, welche „Zukunft“ sie für den Niederrhein vorgesehen hat.